Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl Porto 2 Thlr. 15 Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1½ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 48. Mittag-Ausgabe. Neunundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Mittwoch, den 29. Januar 1868.

Deutschland.

O. K. C. Landtags-Verhandlungen.

Berlin, 28. Januar.

38. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Eröffnung 10¾ Uhr. Am Ministertisch Anfangs Niemand. Das Haus ist besonders auf der Rechten sehr schwach besetzt.

Die Vorberathung des Etats wird fortgesetzt und der Zuschuß zur Rente des Kronfidei-Commißfonds 1,500,000 Thaler ohne Debatte genehmigt.

Es folgt der Etat der Staatsschulden-Verwaltung, Ausgaben: I. Für die alten Landestheile. Tit. 1. Verzinsung. A. Allgemeine Staatsschulden. Die Summe dieser Staatsschulden beträgt 274,818,400 Thlr.; die Zinsen 11,424,511 Thlr.

Zu Nr. 4 (Anleihe von 1852) beantragt v. Bonin (Genthin) zuzusetzen: „convertirte und nicht convertirte" und 4 „und 4½ Procent"; desgleichen denselben Zusatz zu Tit. 2, Nr. 4 (Tilgung derselben Anleihe) zu wiederholen.

Abg. v. Bonin: Das Haus habe die vom Finanzminister ohne Zustimmung des Landtags erfolgte Convertirung für nicht rechtsverbindlich erklärt; die Regierung habe jedoch bei der Etatsaufstellung hierauf gar keine Rücksicht genommen; dies solle durch den Antrag geschehen.

Abg. v. Vincke (Olbendorf): Ich wollte nur eine Anfrage an die Staatsregierung richten (Große Heiterkeit; am Ministertisch befindet sich nämlich kein Vertreter der Staatsregierung), aus welchem Grunde aus dem Etat nicht ersichtlich ist, wie hoch sich die eigentlichen Staatsschulden und wie hoch sich die Eisenbahnschulden belaufen.

Der Antrag Bonin wird mit großer Majorität angenommen.

Abg. Graf Schwerin (zur Geschäftsordnung): Eine ersprießliche Berathung des Etats ist unmöglich, wenn die Staatsregierung nicht dabei vertreten ist; so habe ich z. B. vorhin nicht gewußt, wie ich bei dem Antrage Bonin stimmen sollte, ohne erst eine Erklärung der Staatsregierung zu hören. Der Abg. v. Vincke hat soeben eine Anfrage an die Staatsregierung gerichtet; die Beantwortung ist nicht erfolgt. Ich möchte den Herrn Präsidenten bitten, Auskunft darüber zu geben, ob dem Finanzministerium die Tagesordnung der Sitzung mitgetheilt worden ist.

Präsident v. Forckenbeck: Die Beamten des Hauses haben bescheinigt, daß die Tagesordnung der heutigen Sitzung noch gestern Abend um 10 Uhr dem Finanzministerium behändigt worden ist.

Abg. Heise: Es ist immerhin möglich, daß durch ein Versehen dem Finanzminister die Benachrichtigung nicht rechtzeitig zugekommen ist. Ich möchte deshalb dem Herrn Präsidenten anheimstellen, ob er den Finanzminister nicht sofort telegraphisch davon in Kenntniß setzen möchte, daß das Haus mit der Berathung des betr. Etats beschäftigt, das Finanzministerium aber nicht vertreten sei.

Präsident v. Forckenbeck: Ich habe bereits nach dem Finanzministerium gesandt.

Abg. Stavenhagen beantragt, die Sitzung so lange zu vertagen, bis ein Vertreter der Staatsregierung anwesend sei. (Zustimmung.)

Präsident v. Forckenbeck vertagt die Sitzung von 11 bis 11½ Uhr.

Um 11¼ Uhr, während der Pause, tritt Finanzminister v. d. Heydt in das Haus und begiebt sich eiligst auf den Präsidentenstuhl zu Herrn v. Forckenbeck, der auch während der Pause seinen Platz nicht verläßt, und unterhält sich angelegentlichst mit demselben. — Bald darauf treten auch die Regierungs-Commissarien Mölle und Meinecke ein, und um 11¾ Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet.

Finanzminister v. d. Heydt: Ich muß sehr um Entschuldigung bitten, daß bei Beginn der heutigen Sitzung Niemand am Ministertische anwesend war und die Arbeiten des Hauses dadurch verzögert worden sind. Ich hatte aber einer unaufschiebbaren Conferenz beizuwohnen und war der Ueberzeugung, daß die Regierungs-Commissarien anwesend sein würden. Durch verschiedene Umstände wurde aber auch deren Erscheinen verzögert. Ich bitte nochmals sehr um Entschuldigung.

Der Etat der Staatsschulden-Verwaltung wurde einstweilen zurückgestellt, da der ihn vertretende Commissar, Geh. Rath Meinecke, sich nicht am Ministertische befand, und statt dessen der Etat der directen Steuern in Angriff genommen.

Reg.-Commissar Geh. Rath Ambronn giebt zunächst eine Darstellung der Steuerverhältnisse in den neuerworbenen Provinzen nach Einführung der altländischen Steuern. Die einfache Einführung der Grundsteuer hätte die neuen Landestheile zu sehr belastet, und es sind deshalb Ermäßigungen eingetreten, die sich in Nassau auf ⅓, in Hannover auf $\frac{1}{12}$ der Grundsteuerhöhe der alten Provinzen belaufen. Der Durchschnitt der Ermäßigung für sämmtliche neu erworbenen Landestheile beträgt ungefähr ¼ des Satzes, die Steuer ist im Ganzen von 4,016,000 Thlr. auf 3,082,000 ermäßigt worden. Mängel und Ungleichmäßigkeiten haben sich auch bei den übrigen Steuern nicht vermeiden lassen. Die erste Veranlagung ist vorläufig auf Grund einer Verordnung noch für 1868 beibehalten; doch wird mit der größtmöglichsten Schonung verfahren, und hat der Herr Finanzminister angeordnet, daß auch nach Ablauf der Reclamationsfrist alle noch einlaufenden Beschwerden geprüft und erledigt werden sollen, sodaß also materiell dasselbe Verfahren beobachtet wird, als wenn eine neue Veranlagung eingetreten wäre.

Das Gesammtresultat der Veranlagung in den neuen Provinzen ergiebt pro Kopf durchschnittlich eine directe Besteuerung von $42\frac{2}{10}$ Sgr., in den alten Provinzen — $42\frac{1}{10}$ Sgr. pro Kopf. Nach der Ausdehnung tragen die alten Provinzen die höhere Steuerlast: 1 Quadratmeile zahlt 320 Sgr. mehr directe Steuern als in den neuen Provinzen. — Die Steuererhöhung, die im Ganzen gegen früher eingetreten ist, ist in den verschiedenen Landestheilen verschieden; in Nassau beträgt sie z. B. $\frac{1}{10}$ Sgr. pro Kopf, in Schleswig-Holstein dagegen $21\frac{6}{10}$ Sgr.

Gegen die einzelnen Positionen haben sich in der Vorberathung Ihrer Commissarien keine besonderen Bedenken herausgestellt. Die angesetzten Einnahmeposten werden nicht zu hoch gegriffen sein. Nun hat der Nothstand in Ostpreußen die Besorgniß erregt, ob die Ansätze der Klassensteuer auch erreicht werden. Ich kann schon jetzt mittheilen, daß von der Finanzverwaltung die unglückliche Lage jener Provinz nicht unberücksichtigt geblieben, daß sie bemüht ist, überall helfend einzugreifen. Es ist deshalb auch vom Herrn Finanzminister ein ausführlicher Erlaß an den Oberpräsidenten erlassen, in dem die Grundsätze dargelegt sind, von welchen die Verwaltung dem Nothstande gegenüber ausgeht, und in welchem die Bestimmungen hinsichtlich eines eventuellen Steuererlasses mitgetheilt sind. Orts- und districtsweise soll kein Steuererlaß eintreten, jedoch gegen die Einzelnen mit der größten Milde verfahren werden, und im Falle des Unvermögens nicht blos Stundung, sondern gänzlicher Erlaß gewährt werden. Dieser Erlaß wird dieselbe Wirkung haben, wie der vom Abg. von Hoverbeck eingebrachte Gesetzentwurf. — Im Allgemeinen ist die Veranlagung der Steuern eine ziemlich gleichmäßige, und die Finanzverwaltung richtet gerade hierauf ihre Hauptaufmerksamkeit. — Die Gesammtausgaben der Steuer-Erhebung betragen $4\frac{1}{10}$ Procent der Einnahmen, ein Procentsatz, der in der That so gering ist, wie er in keinem der neuen Landestheile früher erreicht ist; in Hannover betrugen diese Kosten früher 8, in Kurhessen sogar $13\frac{8}{10}$ Procent der Einnahmen, in den Herzogthümern ist das Verhältniß nicht festzustellen.

Abg. Schlichting schildert die Steuerverhältnisse Schleswig-Holsteins als außerordentlich drückende im Verhältniß zu den übrigen Landestheilen. Er zweifelt, ob die directen Steuern in der veranschlagten Höhe eingehen werden, und fordert die Regierung auf für eine entsprechendere Veranlagung zu sorgen.

Reg.-Commissar Ambronn: Die Belastung mit der Grundsteuer ist in den alten Landestheilen nicht geringer als in Schleswig-Holstein; vielleicht wird mit ihrer endgiltigen Regulirung diese Klage gehoben werden. Der Vorredner übersieht, daß verschiedene alte schleswig-holsteinsche Steuern aufgehoben sind. Die Steuerlast, welche die Herzogthümer tragen, ist nicht zu groß, sie befinden sich im Gegentheil gegen die übrigen Provinzen noch etwas im Vortheil.

Abg. Schubarth weist auf einige Mängel und Härten unserer Gewerbesteuer-Gesetzgebung hin: die unmotivirte Versetzung aus einer niederen in eine höhere Klasse, die ungleiche Veranlagung der Wasser- und Dampfkraft u. s. w.

Reg.-Commissar Ambronn: Die Regierung hat jene Mängel bereits in's Auge gefaßt, ist jedoch noch zu keinem Beschlusse gekommen. Mehrere der erwähnten Mängel werden durch die neue Gewerbegesetzgebung ihre Erledigung finden.

Abg. Grumbrecht geht speciell auf die hannöverschen Steuerverhältnisse ein und provocirt den Reg.-Commissar Ambronn zu der Erklärung, daß die Steuerveranlagungen in jener Provinz durch eingeborene Beamte erfolgt sind und daß die Erhebungskosten im ehemaligen Königreich sich auf den vierfach höheren Betrag beliefen als jetzt.

Abg. Buddeberg erklärt, daß er das preußische Steuersystem für richtiger halte als das hannoversche, doch sei es fehlerhaft gewesen, mit der Einführung des preußischen Systems so übereilt vorzugehen. Die Vertheilung der Steuern sei dadurch ungleichmäßiger geworden, als sie vor der Veranlagung war. So sei beispielsweise in einem Städtchen des Fürstenthums Osnabrück der Steuersatz um 85 Procent erhöht worden, während in der Stadt Osnabrück diese Erhöhung nur 5 Procent betrage. Es sei deshalb eine neue Veranlagung durchaus nothwendig. Hinsichtlich der Grundsteuer-Veranlagung werde man hoffentlich die gerügten Fehler vermeiden.

Reg.-Comm. Ambronn: Die Einführung des neuen Steuersystems ist nicht überstürzt, sondeen unter Zuziehung von Vertrauensmännern sorgfältig vorbereitet worden. Eine Beschleunigung war unter den damaligen politischen Verhältnissen nothwendig, und wenn dabei Ungleichmäßigkeiten vorgekommen sind, so wird man dieselben, z. B. die zu niedrige Veranlagung der Stadt Osnabrück (Heiterkeit), in nächster Zeit auszugleichen suchen.

Abg. Hellwig meint ebenfalls, daß die Einführung des altländischen Steuersystems in die neuen Provinzen zu eilig erfolgt sei. Er führt durch Vergleichung verschiedener Kreise den Beweis, daß dadurch eine Menge großer Unregelmäßigkeiten und Ungerechtigkeiten herbeigeführt sei. Man habe zwar für dieses Jahr eine neue Veranlagung verheißen, doch sei — wahrscheinlich durch die Arbeitsscheu der Beamten — in dieser Beziehung bis jetzt Nichts geschehen.

Reg.-Comm. Ambronn: Nicht die Arbeitsscheu der Beamten trägt die Schuld daran, sondern die Verhältnisse, die nur eine Reproduction der vorjährigen Veranlagung herbeigeführt hätten. Uebrigens hat gerade Kurhessen am wenigsten Veranlassung, sich über zu großen Steuerdruck zu beklagen, da seine Belastung als selbstständiges Mitglied des norddeutschen Bundes noch erheblich höher gewesen wäre.

Abg. Ebner: Es ist kein Theil des Landes durch die neue Steuerveranlagung so stark belastet als die Stadt Frankfurt, ohne daß sie diese Ehre verdient hat, wobei als Maßstab der Zustand der höchsten Blüthe der Stadt diente, die seit 1866 nicht mehr vorhanden ist. Die Denkschrift beruft sich auf den Wohlstand der Bürger, auf den bedeutenden Fremdenverkehr, alles Zustände, die nicht mehr vorhanden sind. Die Stadt besitzt jetzt ein sehr zahlreiches Proletariat, für welches sie zu sorgen hat und das ihre Kräfte ebenfalls stark in Anspruch nimmt. Ich glaube dieser Rückgang eines einst blühenden Gemeinwesens gereicht Preußen nicht zur Ehre. Wenn man den Wunsch hat, sich die neuen Landestheile sobald als möglich zu assimiliren, so bemerke ich Ihnen, daß das Gefühl der Ueberbürdung in dieser Beziehung nicht sehr ermuthigend wirken kann.

Abg. v. Benda: Der Herr Commissar hat darauf hingewiesen, daß bei der Untervertheilung der Grundsteuer nur 100 Reclamationen zur Entscheidung gekommen seien. Der Grund davon liegt aber nicht an der Gerechtigkeit der Vertheilung, da in 24⅘ Procent der Fälle eine Steuerüberbürdung nachgewiesen ist, sondern an der Erschwerung der Reclamationen, namentlich durch Auferlegung der Kosten. Ich constatire mit Freude, daß die Finanz-Verwaltung jetzt die Absicht ausgesprochen hat, wenn Gemeinden reclamiren, und zwar mit Grund, die Kosten niederzuschlagen.

Reg.-Comm. Ambronn bestätigt dies, doch sei die Zahl von 24⅘ pCt. der Fälle, in denen eine Steuerüberbürdung nachgewiesen sein soll, zu hoch gegriffen; man habe hier alle Reclamationen ohne Rücksicht auf ihre Berechtigung mitgerechnet.

Bei der darauf folgenden Specialdiscussion bittet der Präsident, die Frage des Steuererlasses in den Nothstandsgegenden nicht in diese Debatte zu ziehen, sondern bis zur Discussion des Hoverbeck'schen Antrages zu versparen.

Zu Tit. 1 (Grundsteuer 12,972,800 Thlr.) begrüßt Abg. Windthorst (Meppen) den Erlaß des Finanzministers vom 3. d. M. mit Freuden, wonach wegen des Nothstandes iu Ostpreußen die Steuereinziehungen mit möglichster Milde gehandhabt werden sollen. Im Herzogthum Ahrenberg-Meppen wären jedoch ähnliche traurige Zustände wie in Ostpreußen. Redner wünscht deshalb die Ausdehnung jener Verfügung auch auf diesen Landestheil und bittet die Finanz-Commission, bei Berathung des Hoverbeck'schen Antrages auf Steuererlaß für Ostpreußen in Erwägung zu ziehen, ob dieser Antrag nicht auch auf den genannten Landstrich auszudehnen sei.

Die Position wird genehmigt; ebenso Titel 2 (Gebäudesteuer), Titel 3 (klassificirte Einkommensteuer) ohne Debatte.

Zu Tit. 4 (Klassensteuer) bringt Abg. Lauenstein mehrere Beschwerden zur Sprache, die man in Hannover gegen die Veranlagung dieser Steuern erhebe. Die Revisionsbehörden, unter Leitung altländischer Commissare, hatten eigenmächtig Erhöhungen in den von den Einschätzungs-Commissionen aufgestellten Klassensteuerrollen vorgenommen und dadurch große Unzufriedenheit in der Provinz hervorgerufen. Eine Beschwerde an den Finanz-Minister hierüber sei erfolglos geblieben, obgleich das gerügte Verfahren offenbar gesetzlich ungerechtfertigt sei; Redner hofft, daß bei künftigen Steuer-Veranlagungen solche Gesetzesüberschreitungen nicht wieder vorkommen.

Reg.-Commissar Ambronn kennt die gerügten Fälle nicht; die Revisionsbehörden hätten jedoch ausdrückliche Anweisung, solche Erhöhungen eigenmächtig nicht vorzuehmen. Wenn er die näheren Details des ihm unbekannten Specialfalles überwiesen erhalte, werde er denselben näher untersuchen.

Abg. Parisius: Ich hatte mir eigentlich vorgenommen, auf den Nothrstand in Ostpreußen zurückzukommen. (Unruhe rechts.) Wenn Sie darüber murren (nach rechts gewandt), so bedauere ich dies in Ihrem Interesse. Lassen Sie mich nur erst aussprechen, vielleicht beruhigen Sie sich dann früher. Ich wollte also eigentlich erst etwas näher auf den Nothstand eingehen, fühle mich aber durch die Bemerkung des Herrn Präsidenten zu Eingang der Specialberathung veranlaßt, dies nur soweit zu thun, als lediglich allgemeine Interessen dabei zur Sprache kommen. Da möchte ich denn zuerst fragen, wann der Erlaß vom 3. Januar bis zu den Executoren heruntergekommen ist, da in den letzten Tagen noch in Ostpreußen — wie ich aus den Zeitungen und aus Privatmittheilungen weiß — mit großer Härte Steuerexecutionen vollzogen worden sind. Ich möchte ferner bitten, daß bei der Ausführung dieser Bestimmungen der Finanzminister die Bezirksregierungen anweisen möge, von der alten Praxis zu lassen, wie solche noch aus einem kürzlichen Erlaß der Regierung zu Gumbinnen hervorgeht, wodurch Jemandem die Stundung von Holzkaufgeld nicht bewilligt wurde, weil er in politischer Beziehung eine feindselzge Stellung gegen die Regierung eingenommen habe. (Hört, hört!) Was nützen uns alle noch so schönen Rescripte des Finanzministers im Allgemeinen, wenn die Bezirksregierungen in den einzelnen Fällen solche Antworten ertheilen, wie hier die Gumbinner, die allerdings in den Augen von ganz Deutschland genügend gekennzeichnet ist. (Beifall links.) Ferner möchte ich den Wunsch aussprechen, daß der Finanzminister ähnliche Rescripte, wie die auf Einziehung der Klassensteuer bezüglichen, auch auf andere Abgabeu, wie Domänenrenten und Fortschreibungsgebühren erlassen möge, da in Ostpreußen Fälle vorgekommen sind, daß Leute, die jene Steuern bezahlt hatten, in härtester Weise wegen solcher Abgaben executirt worden.

Ein anderer Punkt, wo ich dringend Abhülfe wünsche, ist die Beschlagnahme von Arbeitslöhnen. Im Jahre 1865 ist diese Frage hier im Hause zur Sprache gekommen, indem ein besonderer Antrag des Abg. Wagener darüber vorlag. In dem betreffenden Commissionsberichte war damals ausgesprochen, daß die Fälle von administrativen Beschlagnahmen viel häufiger vorkämen, als seitens der Gerichte wegen Privatforderungen. Im Hause wurde damals ausdrücklich ausgesprochen, daß darüber unter den Rechtsverständigen gar kein Zweifel herrsche, daß die Beschlagnahme wegen zukünftiger Arbeitslöhne vollkommen unzuläßig sei. Der jetzige Finanzminister, Freiherr v. d. Heydt trat damals selbst als Abgeordneter als erster Redner für den Antrag Wagener ein. Um so mehr hätte man wohl annehmen können, daß er jetzt, wo er die Gelegenheit dazu hat, das, was er damals principiell für richtig hielt, nun auch zur praktischen Ausführung bringen würde durch Verfügungen an die ihm untergebenen Behörden, wonach die Beschlagnahme von zukünftigen Arbeitslöhnen für rückständige Steuern aufhören solle. Dies ist aber nicht geschehen, im Gegentheil sind noch im Monat Januar im amtlichen Keisblatte eines Nothstandskreises die Steuer-Executoren angewiesen worden, die Arbeitslöhne mit Beschlag zu belegen. (Hört! Hört!) Ich möchte deshalb nun jetzt die Staatsregierung auffordern, wenigstens bei Gelegenheit des Nothstandes eine Einrichtung aufzuheben, die gesetzlich nicht zu Recht besteht. Der Staat sollte sich doch am allerwenigsten dazu hergeben, seine Einnahmen auf durchaus gesetzwidrigem Wege einzutreiben. (Beifall links).

Finanzminister Frhr. v. d. Heydt: Ich kann versichern, daß ich in demselben Sinne, wie ich an den Oberpräsidenten der Provinz Preußen verfügt habe, auch an die übrigen mir untergebenen Verwaltungen verfügt habe. Was den letzt erwähnten Gegenstand, die Beschlagnahme der Arbeitslöhne betrifft, so ist kein einzelner Fall zu meiner Kenntniß gekommen, sonst würde ich ganz in demselben Geiste verfahren sein, in dem ich mich früher geäußert habe.

Zu Tit. 7 Nr. 3 (Sonstige Einnahmen einschließlich der Mennonitensteuer und der Steuer von den Hazardspielen in Wiesbaden und Ems 63,710 Thlr.) macht der Abg. v. Hennig darauf aufmerksam, daß mit dem Wegfall der Dienstpflicht der Mennoniten die als Aequivalent dafür erhobene Mennonitensteuer im Betrage von ungefähr 7000 Thlrn. von selbst fortfallen müsse, ohne daß es eines besonderen Gesetzes dazu bedürfe. Nachdem der Finanzminister seine Uebereinstimmung mit dieser Ansicht ausgesprochen, wünscht Abg. Twesten, daß man dem Fortfall der bisher gesetzlich bestehenden Steuern dadurch einen legalen Ausdruck geben möge, daß man die 7000 Thlr. von der angesetzten Summe im Budget absetze.

Unter Zustimmung des Finanzministers wird die Position ohne Widerspruch von 63,710 auf 56,710 Thlr. herabgesetzt.

Zu Tit. 4 der Ausgaben (Klassensteuer) bemerkt der Abg. Parisius, so weit er den Herrn Finanzminister verstanden habe, sehe dieser sich nicht veranlaßt, gegen die ungerechtfertigte Beschlagnahme von Löhnen einzuschreiten, weil ihm eine Beschwerde darüber bis jetzt nicht zugegangen sei. Ein solcher Grundsatz, eine ungesetzliche Praxis so lange bestehen zu lassen, bis sie bei Gelegenheit einer Privatbeschwerde zur Erledigung komme, sei durchaus zu verwerfen. Er erwarte, daß der Herr Minister ein Circular an die Landräthe des ganzen preußischen Staates erlassen werde mit der Anordnung, daß eine Beschlaguahme von Löhnen künftig aufzuhören habe.

Eine Erwiederung seitens der Vertreter der Regierung erfolgt nicht.

Die übrigen Positionen werden ohne Widoespruch genehmigt.

Damit ist der Etat der directen Steuern erledigt und man kann zu dem der Staatsschulden-Verwaltung zurückkehren, für den Geh. Rath Meinecke als Commissar nunmehr anwesend ist; aber da Niemand das Wort verlangt, so kommt auch er nicht dazu und der Präsident hat nur die Positionen zu verlesen, die das Haus stillschweigend genehmigt.

Den Etat der indirecten Steuern leitet Reg.-Comm. Geim mit der Darstellung der Veränderungen, welche dieser Etat durch die Verfassung des norddeutschen Bundes erfahren hat, und der Einrichtungen ein, welche in den neuen Provinzen zum Zwecke der Erhebung der indirecten Steuern getroffen worden sind und durchweg auf starken Reductionen des Personals und Vereinfachungen des Erhebungs- und Controlapparates beruhen.

Abg. v. Werdeck: Das Beamtenpersonal ist doch noch immer zu groß; auf 19 Millionen Einwohner kamen in Preußen früher 8 Steuerdirectoren; auf die 3 Millionen Einwohner der neuen Provinzen aber allein jetzt 3 Steuerdirectoren. Die Regierung muß auf Verminderung der oberen sowohl, wie der unteren Beamten bedacht sein.

Abg. Bassenge weist auf die Nothwendigkeit der Verminderung und schließlich der gänzlichen Aufhebung der indirecten Steuern hin. Abg. Krieger spricht sich in demselben Sinne aus.

Abg. Dr. Braun (Wiesbaden): Ich will die Schmerzensschreie über Steuerdruck nicht vermehren; ich weiß, daß, wären wir selbstständige Staaten geblieben, unsere Steuerlast allmälig noch größer geworden wäre, und daß dies Geschrei über Steuerbelastung am meisten von denen erhoben wird, die selber keine Steuern zahlen, die, wenn sie auf einen Baum steigen, auf Erden nichts zurücklassen, als ihren Schatten, nota bene wenn die Sonne scheint. Ich will auch nicht vom Nothstande sprechen, obgleich auch in meiner Heimath, im Westerwald, ein Nothstand herrscht, ein wirklicher Nothstand, der weder von der „Zukunft" erfunden, noch auch von Herrn v. Diest hervorgerufen, sondern der älter ist als das Erscheinen der „Zukunft" in Berlin und als das des Herrn v. Diest in Wiesbaden. Ich halte es nicht für recht, wenn die Bewohner der neuen Provinzen sich beklagen, daß sie jetzt ebensoviel Steuern bezahlen, als die Altpreußen; es soll Steuergleichheit herrschen. Aber gerade auf dem Gebiete der indirecten Steuern herrscht diese Gleichheit nicht.

Die frühere Stempeltaxe ist nicht aufgehoben in Nassau, nur mit dem Gerichtsstempel ist dies der Fall; ich glaube, daß wir diese Stempeltaxe aus Mißverständniß behalten haben, denn neben der gemeinsamen Muttersprache haben die einzelnen Staaten noch eine eigene Acten- und Kanzleisprache, und ein preußischer und ein nassauischer Actenmensch verstehen einander so wenig, daß sie beinahe einen Dolmetscher brauchen. Man scheint nun in dieser Actensprache „Verwaltungssporteln" und „Stempeltaxe" verwechselt zu haben. Um so mehr glaube ich aber um Abhilfe dieser Ungleichheit zu bitten berechtigt zu sein. Eine andere Ungleichheit betrifft die Taxe, die in Nassau für Trauscheine im Betrage von 6 Gulden erhoben wird und die bei unbemittelten Leuten die Bedeutung eines Veto gegen die Eheschließung hat. Man zwingt dadurch die arbeitsfähige Bevölkerung entweder zur Auswanderung oder zum Concubinat, und die Folge davon ist die steigende Armenlast der Bevölkerung. (Redner verliest das Schreiben eines Geistlichen aus dem Westerwalde, der dringend um die Aufhebung dieser Taxe bittet und die Abnormität derselben an dem Beispiel eines armen Schneiders nachweist, der seine Kinder wegen Mangels von 6 Fl. nicht legitim machen kann.) Soll eine Provinz ein Jahr lang zu Preußen gehören, ohne daß es von der Pest einer solchen Ungleichheit befreit wird? (Redner glaubt von Rechts den Ruf „zur Sache" vernommen zu haben und verwahrt sich lebhaft gegen diesen Ruf.) Diese Taxen sind es hauptsächlich, deren Aufhebung ich durch meinen Antrag bezwecke. Gerade durch solche Reformen werden wir am besten die süddeutschen Schreier gegen uns entwaffnen.

Abg. Dr. Braun beantragt: das Haus wolle beschließen, die Regierung aufzufordern, auf dem Wege der Gesetzgebung Stempelabgaben, welche in den neuen Provinzen gegenwärtig noch erhoben werden, aber in den alten nicht bestehen, abzuschaffen.

Abg. v. Vincke (Minden) verwahrt das Haus gegen den Vorwurf, als habe es einen hervorragenden Vertreter der neuen Provinzen durch den Ruf „zur Sache" da, wo er zur Sache gesprochen, unterbrochen. Man habe „Bravo" gerufen, aber nicht „zur Sache!" Abg. Dr. Braun ist erfreut zu hören, daß er sich getäuscht hat, im Interesse der Sache und des Hauses.

Reg.-Commissar Burckhardt: Bereits am Ende der vorigen Woche ist ja dem Hause ein Gesetzentwurf vorgelegt worden, der alle diese Reste der nassauischen Gesetzgebung aufhebt und die nassauische Stempelgesetzgebung auf völlig gleiche Linie mit der preußischen stellt. Ich glaube, diese Erklärung möchte dem Herrn Abgeordneten genügen, um seinen Antrag zurückzunehmen, da jedenfalls durch den erwähnten Gesetzentwurf erreicht wird, was der Herr Abgeordnete so eben als dringende nöthige Reform für wünschenswerth erklärt hat.

Abg. Dr. Braun: Ich habe den Entwurf, von dem der Herr Regierungs-Commissar spricht, noch nicht in Händen; doch wird auch nach Annahme dieses Gesetzes mein Antrag nicht überflüssig, da wir gegenwärtig in Nassau unsere alten, unsere autochthonen Stempeltaxen, und außerdem noch die neu eingeführten preußischen bezahlen müssen.

Regierungs-Commissar Burkhardt: Die Behauptung, daß in Nassau die alten Abgaben aufrecht erhalten und die neuen diesen noch hinzugefügt seien, muß ich als durchaus unrichtig zurückweisen. Nassau hat eine erhebliche Erleichterung namentlich bezüglich der Stempelsteuer gegen früher erfahren.

In der Specialdiscussion werden Tit. 1—6 genehmigt und zu Tit. 7 und 8 von dem Abg. Vincke (Minden) beantragt: Die Regierung wolle

gleichzeitig mit dem Etat für 1869 einen Gesetzentwurf vorlegen, betreffend die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer und deren Ersatz durch die Klassen- und Einkommensteuer.

Abg. v. Vincke motivirt diesen Antrag durch die bekannten, gegen die Mahl- und Schlachtsteuer sprechenden Gründe einer ungerechten Vertheilung, Erschwerung der Verkehrsverhältnisse, Verleitung zur Defraude u. s. w., und widerlegt die immer noch von einigen städtischen Verwaltungen angeführten Gründe für diese durchaus verwerfliche Steuer, von der nur Westfalen frei ist und deren Aufhebung wir den neuen Provinzen schuldig sind.

Abg. v. Hennig: Die Vortheile, welche einer Stadt aus der Mahl- und Schlachtsteuer erwachsen, werden durch die daraus entstehenden Nachtheile vollkommen aufgewogen. Um beispielsweise Berlin zu erwähnen, den bedeutendsten Handelsplatz für Getreide, so würde ohne die Mahl- und Schlachtsteuer durch den Mehlhandel und durch ein im größten Maßstabe sich ausdehnendes Mühlengewerbe ein ganz neuer, einträglicher Industriezweig sich entwickeln. Außerdem wirkt aber die zeitraubende und erschwerende Steuer-Controle auch auf den gesammten Handel nachtheilig und vertheuert den Bewohnern der Stadt sämmtliche Waaren. Die Kosten der Steuererhebung würden durch die Durchführung des v. Vinckeschen Antrages wesentlich vermindert werden, und ich hoffe, daß die Regierung im wohlverstandenen Staatsinteresse denselben bald zu dem ihrigen machen wird (Beifall).

Der Ruf nach Vertagung macht sich wiederholt laut. Der Präsident ertheilt das Wort dem Abg. Grumbrecht, der, von lebhaften Zeichen der Unruhe empfangen, Gelegenheit nimmt, den Antrag auf Vertagung zu stellen, der mit großer Majorität angenommen wird.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr. (Tages-Ordnung: der Rest der Etatsberathung und Zinsgarantie für Trier-Call.)

Berlin, 28. Januar. [Amtliches.] Dem Seconde-Lieutenant im kgl. Brandenburgischen Füsilier-Regiment Nr. 35, Friedrich Richard von Hake zu Brandenburg, ist unter dem 25. Januar 1868 ein Patent auf ein Hinterladegewehr auf fünf Jahre ertheilt worden.

Dem Herrn C. H. Jahn in Dresden ist unter dem 25. Januar 1868 ein Patent auf eine mechanische Vorrichtung zum Zerkleinern von Baumrinden auf fünf Jahre ertheilt worden.

Berlin, 28. Jan. [Se. Majestät der König] nahmen heute gegen 11 Uhr den Vortrag des Polizei-Präsidenten von Berlin, von Wurmb, und darnach im Beisein Sr. kgl. Hoheit des Prinzen August von Würtemberg, sowie des Gouverneurs und Commandanten von Berlin die militärischen Meldungen entgegen. Nach denselben ließen Se. Majestät der König Allerhöchstsich von dem General-Adjutanten von Treskow Vortrag halten, und beehrten später bei der Spazierfahrt im Thiergarten das Atelier des Bildhauers, Dr. und Professors Fr. Drake mit einem Besuch.

[Ihre Maj. die Königin] war gestern Vormittag im Bazar für Ostpreußen und Abends auf dem Feste der königl. großbritannischen Botschaft anwesend. Beide königl. Majestäten dinirten bei Ihren königl. Hoheiten dem Kronprinzen und der Kronprinzessin.

[Se. k. H. der Kronprinz] empfing am Sonntag Vormittag eine Deputation aus Ostpreußen, präsidirte um halb 1 Uhr dem Comite zur Unterstützung der Nothleidenden derselben Provinz, wohnte um 4 Uhr dem in der Kapelle Höchstseines Palais abgehaltenen Gottesdienste bei und dinirte um 5 Uhr bei Sr. königl. Hoheit dem Prinzen Carl.

Am gestrigen Tage um halb 11 Uhr nahmen Ihre königl. Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin die Gratulation Höchstihres Hofstaates zum Geburtstage des Prinzen Wilhelm entgegen. Zwischen 11 und 12 Uhr erschienen die Mitglieder der königl. Familie zur Beglückwünschung im kronprinzlichen Palais. Um halb 1 Uhr begab Sich Se. königl. Hoheit der Kronprinz in den im königl. Schlosse abgehaltenen Bazar und um 1 Uhr wohnten beide höchste Herrschaften mit Höchstihren Kindern der Vorstellung im Circus Renz bei. Um 3 Uhr besichtigte Se. königl. Hoheit der Kronprinz die Fabrik für Eisenbahnbedarf, Chausseestraße Nr. 7, und wohnte Abends dem Ballfeste in der englischen Botschaft bei. Um 5 Uhr dinirten Ihre Majestäten im kronprinzlichen Palais. (St.-A.)

[Die Hoffestlichkeiten.] Der „St.-A." meldet: Wenn mit Rücksicht auf den Nothstand in Ostpreußen es als wünschenswerth bezeichnet ist, den gewohnten Festlichkeiten der Winter-Saison zu entsagen, so würde der königliche Hof gewiß mit einem solchen Beispiele vorangehen, allein die Rücksichten auf die vielen Gewerbetreibenden, welche auf die ihnen durch die Hoffestlichkeiten zufließenden Einnahmen hoffen, läßt es geboten erscheinen, diese Festlichkeiten nicht einzustellen, wenn auch vielleicht in der Zahl derselben und in der Ausdehnung der Tafeln einige Beschränkung stattfindet, um möglichst noch weitere erhebliche Summen aus den Privat-Schatullen der Allerhöchsten und Höchsten Herrschaften der nothleidenden Provinz zufließen lassen zu können.

Kiel, 28. Jan. [Marine.] Nach den hier eingetroffenen amtlichen Nachrichten sind Se. Maj. Schiffe „Hertha" und „Medusa" den 12. d. von Smyrna nach Salonichi abgegangen, und den 13. d. dort eingetroffen, haben sich sodann nach dreitägigem Aufenthalt daselbst nach Syra begeben und gedenken am 24. oder 25. d. nach Smyrna zurückzukehren. — Se. Maj. Schiff „Vineta" befand sich nach eingegangenen Nachrichten vom 7. December v. J. noch in Shangai.

München, 28. Jan. [Abgeordnetenkammer.] Der Handelsminister bringt einen Gesetzentwurf ein, betreffend die Ausdehnung und Vervollständigung des Staats-Eisenbahnnetzes. Nach der Vorlage sollen neue Bahnlinien in einer Gesammtlänge von 290 Wegstunden mit einem Kostenaufwande von 146 Millionen gebaut werden, wovon jedoch zunächst nur 60 Millionen zur Verwendung gelangen sollen.

Karlsruhe, 28. Jan. [In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer] verlangte Abg. Koelle, die Regierung möge durch den badischen Gesandten in Florenz energische Schritte im Interesse der badischen Inhaber von Livorneser Eisenbahnobligationen thun. Der Minister des Auswärtigen, v. Freydorf, erklärte sich dazu bereit, wünschte jedoch vorher eine genaue Darlegung der einschläglichen Thatsachen durch eine Handelskammer. Gegenüber dem früheren Beschlusse der Abgeordnetenkammer, die Mittel für den badischen Gesandtschaftsposten in Florenz nur für eine Dauer von 6 Monaten zu bewilligen, beantragte die Commission heute das Fortbestehen dieser Gesandtschaft bis Anfang 1869. Der Minister v. Freydorf stimmte dem Commissionsantrage zu, empfahl jedoch die Bewilligung nicht bis Anfang 1869, sondern für die Dauer der Budgetperiode auszusprechen. Die Kammer lehnte den Commissionsantrag mit 27 gegen 22 Stimmen ab, und beharrte auf ihrem früheren Beschlusse.

Oesterreich.

Wien, 28. Jan. [Armee-Reorganisation.] Wie die „Oesterreichische Correspondenz" meldet, sollen in nächster Woche unter Vorsitz des Reichskriegsministers Berathungen über die Reform der Armee-Reorganisation beginnen. Mitglieder der Berathungs-Commission sind die Feldmarschall-Lieutenants v. Ramming, Hartung, Bigot de Saint-Quentin, Frhr. v. Gablenz, Frhr. Philippovich, Frhr. Maroicich, Möring. — Der italienische General Mezzocapo, welcher Namens seines Souveräns den Begräbnißfeierlichkeiten in Wien beiwohnte, hat das Großkreuz des Leopoldordens erhalten.

Pest, 28. Jan. [Die Eisenbahnanleihe.] In Ungarn sind bis jetzt 23 Millionen auf die ungarische Eisenbahn-Anleihe subscribirt.

Telegraphische Depeschen
aus dem Wolff'schen Telegraphen-Bureau.

Florenz, 28. Januar. Die Deputirtenkammer hat heute das Gesetz, betreffend das provisorische Budget, nach kurzer Debatte mit 203 gegen 111 Stimmen angenommen.

Paris, 28. Januar Abends. Legislative. Ueber die Interpellation Lanjuinais, betreffend die Kirchhöfe, wird mit 103 gegen 100 Stimmen zur Tagesordnung übergegangen. Der Senat nahm das Armeegesetz mit allen Stimmen gegen eine an.

Die „France" spricht von ernsten Gerüchten betreffs Italiens, von Kammerauflösung und Staatsstreich.

London, 28. Januar. Die „Times" enthält folgende Depesche aus Suez vom 27. d.: Die Vorposten der englischen Expeditionstruppen besetzten am 18. d. Gumguma. General Napier marschirt mit dem Hauptheer demnächst muthmaßlich auf Antalo.

Dublin, 28. Januar. Eine Fenierbande, den Martellothurm in Waterford attakirend, entfloh vor den Schüssen der Besatzung. Mehrere wurden angeblich verwundet. Sullivan, Herausgeber der „Weekly News", wurde den Assisen zugewiesen. Der Fenier Mullany zeugte gegen Mitgefangene. Die ungarische Eisenbahnanleihe ist ohne Geschäft.

Bukarest, 28. Januar. Die beiden Häuser der Landesvertretung haben Commissionen ernannt, um eine Adresse zur Beantwortung der Thronrede zu entwerfen. Die Bureaus beider Kammern sind jetzt constituirt.

St. Petersburg, 28. Januar. Die Regierung hat die Emission der Anleihe-Obligationen für den Bau der Eisenbahn Orlow-Witebsk im Betrage von 2½ Millionen Pfd. St. durch das Handlungshaus Thomson, Bonard u. Co. genehmigt.

London, 27. Jan. Vor dem Polizei-Gerichtshofe in Bow-Street wurden heute zwei Deutsche verhört und vor das Schwurgericht verwiesen, weil sie sich von der preußischen Gesandtschaft Geld durch die falsche Vorspiegelung verschafft hatten, daß sie über ein gegen das Leben des Königs von Preußen gerichtetes Complott von Hannoveranern Auskunft ertheilen könnten. (T. B. f. N.)

Alexandria, 27. Jan. Nachrichten aus Abyssinien vom 16. December melden, daß die Gefangenen in Magdala sich wohl befinden. Meneleck, der Fürst von Schoa, hat sich, ohne Magdala anzugreifen, wieder zurückgezogen. Der Gesundheitszustand der bei Senafeh stehenden Expeditions-Truppen ist befriedigend. (T. B. f. N.)

Telegraphische Course und Börsennachrichten.
(Wolff's Telegr. Bureau.)

Paris, 28. Januar, Nachmittags 3 Uhr. Unbelebt. Consols von Mittags 1 Uhr waren 93¼ gemeldet. — Schluß-Course: 3proc. Rente 68, 27½ bis 68, 32½. Italien. 5proc. Rente 43, 00. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Actien 512, 50. Credit-Mobil.-Actien 170. Lomb. Eisenb.-Actien 351, 25. Oesterreich. Anleihe von 1865 pr. cpt. 340. 6proc. Ver.-St.-Anl. pr. 1882 (ungest.) 81⅜.

London, 28. Januar, Nachmitt. 4 Uhr. Schluß-Course. Consols 93 3/16. 1proc. Spanier 35¾. Italienische 5proc. Rente 42½. Lombarden 13 15/16. Mexicaner 16. 5% Russen 87⅛. Neue Russen 86⅜. Silber 60 7/16. Türk. Anleihe von 1865 31 5/16. 6proc. Verein. Staaten-Anl. pro 1882 71⅞. — Mildes Wetter.

Florenz, 28. Januar, Nachm. Italien. Rente 49, 55. Napoleonsd'or 22, 95.

Frankfurt a. M., 28. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Schluß-Course: Wiener Wechsel 98⅞. Oesterr. National-Anleihe 54⅛. 6% Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 75⅞. Hessische Ludwigsbahn —. Baierische Prämien-Anleihe —. 1854er Loose 60. 1860er Loose 71. 1864er Loose 78½. Matt und geschäftslos. Nach Schluß der Börse: Credit-Actien 184¾, 1860er Loose 71⅛, Staatsbahn 242⅝. Stille.

Frankfurt a. M., 28. Jan., Abends. [Effecten-Societät.] Unbelebt. Amerikaner 75⅞. Creditactien 184½. 1860er Loose 71⅛. Staatsbahn 242½. Steuerfreie Anleihe 48 7/16.

Wien, 28. Jan. [Abend-Börse.] Credit-Actien 186, 80. 1860er Loose 84, 25. 1864er Loose 79, 15. Staatsbahn 245, 60. Steuerfreie Anleihe —, —. Napoleonsd'or 9, 58½. Wenig fest.

Antwerpen, 28. Jan., Nachm. 2 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schluß-Bericht.) Ruhig. Raffin. Type weiß, loco 43½ bez., pr. Januar 43½ bez.

Hamburg, 28. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Hamburger Staats-Prämien-Anleihe 84¼. National-Anleihe 54¾. Oesterr. Credit-Actien 78¼. Oesterreichische 1860er Loose 70⅝. Staatsbahn 510. Lombarden 343. Italien. Rente 42¾. Vereinsbank 111. Norddeutsche Bank 119⅛. Rheinische Bahn 114⅝. Nordbahn 94¾. Altona-Kiel 121¾. Finnländische Anleihe —. 1864er Russische Prämien-Anleihe 96⅝. 1866er Russ. Prämien-Anleihe 95⅝. 6proc. Verein. St.-Anleihe pr. 1882 69¼. Disconto 1½ pCt. — Matter.

Hamburg, 28. Januar, Nachm. 2 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen loco stille, auf Termine schwächer. Weizen per Januar 5400 Pfund netto 178½ Bankothaler Br., 177½ Gd., per Jan.-Febr. 177½ Br., 176½ Gld., per Frühjahr 177½ Br., 177 Gld. Roggen per Jan. 5000 Pfd. Brutto 143 Br., 142 Gd., per Jan.-Febr. 142 Br., 141 Gld., per Frühjahr 137 Br. und Gd. Hafer sehr stille. Rüböl matt, loco 22¼, per Mai 23. Kaffee mehr Kauflust. Zink matt. Petroleum lebhaft, höher gehalten. — Thauwetter.

Manchester, 28. Jan., Nachm. (Von Hardy Natan u. Sons.) Garne, Notirungen per Pfund: 30r Mule gute Mittel-Qualität 10¾ d. 30r Water, bestes Gespinnst 12¾ d. 40r Mayoll — d. 40r Mule, beste Qualität wie Taylor ꝛc. 13½ d. 60r Mule, für Indien und China passend 14½ d. — Stoffe, Notirungen per Stück: 8¼ Pfd. Shirting prima Calvert 120 d. dto. gewöhnliche gute Makes 114 d. 34 inches 17/17 printing Cloth 9 Pfd. 2—4 oz. 136½ d. — Fest, aber ruhiger. Preise gegen letzten Freitag unverändert.

Liverpool, 28. Jan., Mittags. Baumwolle: 10—12,000 Ballen Umsatz. New-Orleans 8⅛. Georgia 7⅞. Fair Dhollerah 6¼. Middling fair Dhollerah 6. Good middling Dhollerah 5¾. Bengal 5¼. Good fair Bengal 5½. Fine Bengal —. New fair Oomra 6¼. Fair Oomra —. Good fair Oomra 6½. Pernam 8. Egyptian —. Smyrna 6½. Orleans schwimmend —. Savannah schwimmend —. Import 25,830, davon Surate 500 Ballen. Fester Markt.

New-York, 28. Januar, Abends. Wechsel auf London 109⅝. Gold-Agio 40⅞. Bonds 111¼. Illinois 134⅞. Eriebahn matt 75⅞. Baumwolle 18½. Petroleum 24½. Mais 1, 28. Bonds 1885er 109⅞. 1904er Bonds 104¼.

London, 27. Januar. Für Zimmet wurden in heutiger Auction nur 2—4 D. niedrigere Preise erzielt. Zucker matt. Leinöl flau. Rüböl fest. Russischer gelber Talg, prima Qualität, loco und Januar-März 43¼, März 43½, April-Juni 43½, Oktober-December 44¼ fest.

London, 28. Jan., Abends. Nach Silber starke Nachfrage zum Export, hauptsächlich nach Holland, 60½.

Zuckerauction flau, fast Alles zurückgezogen. Importeure westindischen Zuckers acceptirten schließlich willigere Preise, wodurch guter Umsatz hergestellt wurde. Eine Ladung Mauritiuszucker wurde zu geheim gehaltenen Preisen verkauft. Theeauction stetig, Pecco williger. Reis ruhig, willig. Petroleum stetig. Terpentinöl 29¾. Zink ruhig.

Paris, 28. Jan., Nachmitt. Rüböl pr. Januar 92, 00, pr. Mai-August 92, 00, pr. September-December 91, 75. Mehl pr. Januar 89, 50, pr. März-April 90, 00. Spiritus pr. Januar 65, 50.

Berlin, 28. Januar. Bei unverminderter Festigkeit gab Paris für Lombarden abermals erneuten Anstoß zu großen Geschäftsumsätzen in dieser Bahnactie. Der Widerstand der Contremine hinderte indeß eine rapidere Hausse, die Steigerung beträgt wohl voll ¾ Thlr., erreicht indeß damit noch nicht den Pariser Cours. Franzosen hielten nur etwa den billigern gestrigen Preis, und ebenso überstieg Oesterr. Credit diesen keineswegs. Der Handel in diesen Papieren, sowie in Italienern, zu gut behaupteter Notiz, und in 1860er Loosen war nicht unbeträchtlich. Amerikaner fest, doch nur mäßig belebt. Deports stellten sich etwa wie folgt bei: Amerikanern auf ¼, Credit ⅛, Lombarden ⅓ Thlr., Franzosen 4 Sgr., Italiener 5/12; damit correspondirend handelte man pr. Februar: Franzosen zur Cassa-Notiz, Lombarden zu 93, Italiener 42⅞ Geld; 1860er Loose (nach der Ziehung) 70½, Amerikaner 76⅛; — doch sind bekanntlich diese Angaben nur als ungefähre Anhaltspunkte, nicht maßgebend für alle Fälle, zu betrachten. Oesterreichische Fonds stellten sich mehrfach, 1854er Loose wesentlich höher; Rumänische Anleihe hob sich weiter um ¼, Badische Prämien-Anleihe blieb in fester Haltung, ebenso variirten die russischen Anleihen fast nicht, Poln. Liquid.-Pfandbriefe profitirten wiederum eine Kleinigkeit. Prioritäten still, von russischen Rjäsan-Kozlow theurer, und ebenso wie Kursk-Kiew besonders beachtet. Fünfkirchen 71 B. Von Banken erreichten Darmstädter nicht mehr den höchsten gestrigen Preis, Mold., Schlesische und alte Bremer stiegen. In Bahn-Actien erreichte das Geschäft keine Ausdehnung, Mainzer waren etwas unter gestern, leicht zu placiren, desgl. fanden Rheinische, ⅛ erhöht, Begehr; für Löbau-Zittauer blieben zu steigenden Coursen auf die Annahme, daß die sächsische Regierung die Bahn acquiriren werde, Käufer; die Hausse derselben beträgt heute abermals 1½ pCt. Preußische Fonds zeigten sich nachgebend, 5proc. und 4½proc. Anleihen verloren ¼, Prämien-Anleihe ½, Staatsschuldscheine ⅛. Wechsel still. — Prämie für Amerikaner pr. ult. Februar 76¾—1, pr. ult. März 77—1⅛ B. (B. u. H. Z.)

[Breslauer Börse vom 29. Jan.] Schluß-Course (1 Uhr Nachm.) Russisch Papiergeld 84 11/12—⅞ bez. Oesterr. Banknoten 85—84⅚ bez. u. Gd. Schles. Rentenbriefe 90¾ bez. u. Br. Schles. Pfandbriefe 83 5/12 bez. Oesterr. National-Anleihe 55½ Gld. Freiburger 119 Br. Neisse-Brieger —. Oberschlesische Litt. A. und C. 184¼ Gld. Wilhelmsbahn 77¼ Gld. Oppeln-Tarnowitzer 73¾ Gld. Oesterr. Creditbank-Actien 79—⅛ bez. u. Gld. Schles. Bank-Verein 112 Br. 1860er Loose 71⅝ Br. Amerikaner 76⅝—½ bez u. Br. Warschau-Wiener 58½ Br. Minerva 34 bez. Baierische Anleihe —. Italiener 43¼ bez. u. Gld.

Breslau, 29. Januar. Preise der Cerealien.

Festsetzungen der polizeilichen Commission pr. Scheffel in Silbergroschen.

	fein	mittel	ordin.		fein	mittel	ordin.
Weizen, weißer	120—122	117	109—112	Gerste	66—68	64	60—62
do. gelber,	119—120	116	108—111	Hafer	44	43	41—42
Roggen	95	94	92—93	Erbsen	78—82	76	72—74

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Commission zur Feststellung der Marktpreise von **Raps und Rübsen.**

Raps	193	183	169	pr. 150 Pfd. Brutto in Sgr.
Winterrübsen	179	169	159	
Sommerrübsen	167	157	147	
Dotter	165	155	145	

Loco- (Kartoffel-) Spiritus pr. 100 Qrt. bei 80% Tralles 18⅔ Gld. 18⅚ Br.

Officiell gekündigt: — Ctr. Weizen. 2000 Ctr. Roggen. — Ctr. Leinöl. — Ctr. Rüböl. 5,000 Qrt. Spiritus. — Ctr. Leinkuchen.

Berliner Börse vom 28. Januar 1868.

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anl.	4½	95¾ G.
Staats-Anl. von 1859	5	103 bz.
dito 1854. 55. 57	4½	95¾ bz.
dito 1859	4½	95¾ bz.
dito 1856	4½	96 bz.
dito 1864	4½	95¾ bz.
dito 1867	4½	95¾ bz.
dito 1850/52	4	89⅝ bz.
dito 1853	4	89⅝ bz.
dito 1862	4	89⅝ bz.
Staats-Schuldscheine	3½	83⅝ bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	115 bz. u. G.
Berliner Stadt-Oblig.	4½	96¼ bz. u. G.
Pfandbriefe. Kur- u. Neumärk.	3½	76⅛ bz.
Pommersche	3½	76½ B.
Posensche	4	— — —
dito	3½	— — —
dito neue	4	84⅞ bz.
Schlesische	3½	83½ G.
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	90¼ bz.
Pommersche	4	90 bz.
Posensche	4	89 B.
Preussische	4	89 B.
Westph. u. Rhein.	4	92½ bz.
Sächsische	4	90½ bz. u. G.
Schlesische	4	90¾ B.

Louisd'or 112⅝ bz. Goldk. 9. 10 G. | Oest. Bk. 85⅞ à 85 bz. Poln. Bkn. — — —

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metalliques	5	48 G.
dito Nat.-Anl.	5	55¾ bz. u. G.
dito Lot.-A. v. 60	5	71⅝ bz.
dito dito 64	—	44⅞ bz.
dito 54er Pr.-A.	4	63 bz. u. G.
dito Eisenb.-L.	—	73 G.
Ital. neue 5proc. Anl.	5	43⅜ bz.
Russ.-Engl. Anl. 1862	5	85⅝ etw. bz.
dito Poln.-Sch.-Obl.	4	63½ bz.
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	57⅞ bz.
dito Liqu.-Pfandbr.	4	50 b.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	95½ G.
dito à 300 Fl.	5	92 B.
Kurhess. 40 Thlr. Obl.	—	53¼ G
Baden. 35 Fl. Loose	—	29½ B.
Amerikan. St.-Anl.	6	76½ bz.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märkische	4½	— — —
dito II.	4½	95¼ B.
dito IV.	4½	93¼ bz.
dito III. v. St. 3½ g.	3½	77 bz.
Cöln-Minden	4½	97½ G.
dito II.	5	101⅞ bz.
dito	4	84½ B.
dito III.	4	83¼ bz.
dito	4½	94 bz.
dito IV.	4	83¼ G.
dito V.	4	83 G.
Cos.-Oderb. (Wilh.)	4½	81½ G.
dito III. Em.	4	— — —
dito IV. Em.	4½	— — —
Gal. Ludwigsb.	5	80¾ bz. u. 76 G.
Niederschl.-Märk.	4	88 bz.
dito conv.	4	88 bz.
dito III.	4	— — —
dito IV.	4½	— — —
Ndschl. Zweigb. L. C.	5	100½ B.
Oberschles. A.	4	— — —
dito B.	3½	77½ G.
dito C.	4	85⅜ G.
dito D.	4	85⅜ G.
dito E.	3½	77½ bz.
dito F.	4½	93¼ bz.
dito G.	4½	92¾ B.
Oesterr.-Franz.	3	259½ bz.
Oesterr. südl. St.-B.	3	209 bz. u. G.
Rhein. v. St. gar.	4½	— — —
Rhein-Nahe-B gar.	4½	93½ bz.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Dividende pro	1865.	1866.		
Aachen-Mastrich	—	—	4	28½ bz.
Amsterd.-Rottd.	7¼	4¾	4	100½ bz.
Berg.-Märkische	9	8	4	136¼ bz.
Berlin-Anhalt	13	13¼	4	211 bz
Berlin-Görlitz	—	—	4	78¼ bz.
dito St.-Prior.	—	—	4	97 bz. u. G.
Berlin-Hamburg	9½	9	4	160½ bz.
Berl.-Potsd.-Mgd.	16	16	4	199 bz.
Berlin-Stettin	8	8 7/12	4	137 bz.
Böhm.-Westb.	—	5	5	62½ bz.
Breslau-Freib.	9	9⅙	4	118⅝ B.
Cöln-Minden	17⅔	9	4	135¾ bz.
Cosel-Oderberg	2¼	2⅛	4	77¼ bz.
dito St.-Prior.	—	4½	4½	85 bz.
dito dito	—	5	5	89¾ B.
Galiz. Ludwigsb.	5	—	5	84¾ bz.
Ludwigsh. Bexb.	10	10⅔	4	150½ B.
Magd.-Halberst.	15	—	4	170 etw. bz. u. B.
Magd.-Leipzig	20	—	4	204⅞ bz.
Mainz-Ludwgsh.	8	—	4	127⅜ bz.
Mecklenburger	3	3	4	75 bz.
Neisse-Brieger	5 5/12	—	4	90½ bz.
Niedrschl.-Märk.	—	4	4	88⅛ bz.
Niedrschl. Zwgb.	3⅔	5	4	77 B.
Nordbahn, Hess.	4	—	4	— — —
Oberschl. A.	11⅔	12	3½	184 bz.
dito B.	11⅔	12	3½	164¼ G.
dito C.	11⅔	12	3½	184 bz.
Oest.-Fr. St.-B.	5	—	5	138¾ bz.
Oestr. südl. St.-B.	7½	—	5	93½ à ¼ à ½ bz.
Oppeln-Tarnow.	3¼	—	5	73½ bz.
R. Oderuf.-St.-A.	—	—	5	73½ bz.
R. Oderuf.-St.-Pr.	—	—	5	88⅜ bz.
Rheinische	7	—	4	115⅞ bz.
dito Stamm-Pr.	7	—	4	— — —
Rhein-Nahebahn	—	0	4	30 bz.
Stargard-Posen	4½	4½	4½	93¼ bz.
Thüringer	—	—	4	129 G.
Warschau-Wien	8½	—	5	58½ bz.

Bank- und Industrie-Papiere.

Berl. Kassen-V.	8¼	12	4	157½ G.
Braunschw. B.	—	0	4	93½ B.
Bremer Bank	6½	8	4	115 G.
Danziger Bank	7 3/10	8	4	108½ G.
Darmst. Zettelb.	7½	4	4	96 B
Geraer Bank	7⅝	7⅜	4	100 B.
Gothaer „	7½	5	4	89¼ B.
Hannoversche B.	4	5⅕	4	77 bz.
Hamb. Nordd. B.	9	8½	4	118¼ B.
„ Vereins-B.	8 19/32	10 3/16	4	111 G.
Königsberger B.	6½	7 7/10	4	111 G.
Luxemburger B.	6	6	4	78¾ B.
Magdeburger B.	5½	5	4	90 G.
Posener Bank	6½	7½	4	99¼ G.
Preuss. Bank-A.	10 14/15	13⅛	4½	154 bz.
Thüringer Bank	4	4	4	64 etw. bz.
Weimar	6½	4¼	4	82¾ G.
Berl. Hand.-Ges.	8	3	4	109½ bz.
Coburg. Credb.-A.	8½	4	4	69¾ G.
Darmstädter „	8½	6½	4	82¾ et 83¼ bz. u. G.
Dessauer „	—	0	—	2⅛ B.
Disc. Com.-Anth.	6½	8	4	109 etw. bz.
Genfer Credb.-A.	—	0	4	21½ bz.
Leipziger „	4	—	4	89 etw. bz.
Meininger „	7	—	4	89 B.
Moldauer Lds.-B.	—	—	4	19½ bz. u. G.
Oest. Credb.-A.	4½	—	5	79⅜ à ¼ bz.
Schl. Bank-Ver.	7½	7½	4	112¼ bz.
Minerva	1	—	5	34 G.
Frb. v. Eisenbdf.	5½	10	5	125 bz.

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl.	10 T.	143¼ bz.
dito dito	2 M.	142⅝ bz.
Hamburg 300 Mk.	8 T.	151⅜ bz.
dito dito	2 M.	150⅞ bz.
London 1 Lstr.	3 M.	6. 23⅞ bz.
Paris 300 Frcs.	2 M.	81 1/12 bz.
Wien 150 Fl.	8 T.	84¾ bz.
dito	2 M.	84¼ bz.
Augsburg 100 Fl.	2 M.	56. 24 G.
Leipzig 100 Thlr.	8 T.	99⅚ G.
dito dito	2 M.	99 5/12 G.
Frankfurt a. M. 100 Fl.	2 M.	56. 28 G.
Petersburg 100 S.-R.	3 W.	93⅜ bz.
dito dito	3 M.	92 bz.
Warschau 20 S.-R.	8 T.	84½ bz.
Bremen 100 Thlr. Gold	8 T.	111⅜ bz.

⁂ **Breslau**, 29. Januar. Am heutigen Markte zeigte sich die Stimmung für Getreide eher fester, Preise waren ohne Aenderung.

Weizen ohne Aenderung, pr. 84 Pfd schlesischer weißer 109—122 Sgr., gelber 107—118 Sgr., feinste Sorte 2—3 Sgr. über Notiz bezahlt. — Roggen preishaltend, pr. 84 Pfund 90—95 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Gerste wenig beachtet, pr. 74 Pfd. gelbe 60—61 Sgr., helle 62—63 Sgr., weiße 64—66 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Hafer, preishaltend, pr. 50 Pfund 42—44 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Erbsen behauptet. — Wicken gefragt, pr. 90 Pfd. 60—65 Sgr. — Oelsaaten wenig zugeführt. — Lupinen offerirt, pr. 90 Pfd. gelbe 42—46 Sgr., blaue 40—44 Sgr. — Bohnen leicht verkäuflich, pr. 90 Pfd. 90—96 Sgr. — Schlaglein preishaltend. — Rapskuchen ruhiger, 62—65 Sgr. pr. Ctnr. — Mais (Kukuruz) 76—81 Sgr pr. Ctnr.

Kleesaat in fester Stimmung, — rothe 13—14—15 Thlr. pr. Ctr., hochfeine über Notiz, — weiße zumeist in geringen Qualitäten angeboten, 16—20—22 Thlr. pr. Ctr., hochfeine über Notiz.

Thymothee ohne Zufuhr, 8½—9½ Thlr. pr. Ctr.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. 28—38 Sgr., Metze 1¼—2 Sgr.

Im gestrigen Bericht muß die Notiz für Roggen 92—94—95 Sgr., nicht 93—96—98 Sgr. lauten.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 28. Jan. 10 U. Ab.	331,86	—0,2	S. 1.	Heiter.
29. Januar 6 U. Mrg.	328,56	—0,2	S. 1.	Bedeckt, Schnee.

Breslau, 29. Jan. [Wasserstand.] O.-P. 16 F. 7 Z. U.-P. 4 F. 7 Z. Eisstand.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.